

Bodenseetagung christlicher Politiker

# Menschenrechte im Widerspruch der Zeit

O. Im liechtensteinischen Vaduz trafen sich über das Wochenende rund hundert Politiker aus christlichen Parteien der Bodenseestaaten zu ihrer 21. internationalen Bodenseetagung, die sich mit dem Thema «Menschenrechte im Widerspruch der Zeit» befasste. In drei Einführungsreferaten und in der Diskussion wurden die Menschenrechte als eine wichtige Grundlage für ein freies Europa dargestellt. Der tschechoslowakische — im Exil lebende — Abt Dr. Opasek berichtete über Verletzungen der Menschenrechte, während der österreichische Nationalrat Prof. Emarcora die Probleme aufzeigte, die sich mit Menschenrechten auch in einem demokratischen Staat ergeben können.

Ueber hundert christliche Politiker aus den Bodenseestaaten, unter ihnen sieben Regierungs- und Parlamentsmitglieder, trafen sich traditionellerweise am Wochenende nach Pfingsten zu ihrer 21. Tagung. Für die CVP des Kantons St.Gallen nahmen Regierungsrat Paul Gemperli, die Nationalräte Andreas Dürr und Dr. Edgar Oehler zusammen mit zahlreichen Kantonsräten und Parteimitgliedern teil.

Der deutsche Professor Dr. Dieter Blumenwitz beleuchtete die Problematik der Menschenrechte besonders im Hinblick auf das Spannungsverhältnis zwischen Ost und West. Die uneingeschränkte Anwendung der Menschenrechte ist ein Postulat der Aussenpolitik schlechthin. Völkerrechtsnormen, die allen Menschen der betreffenden Staaten die nötigen Grundrechte garantieren sollen, werden von den Ostblockstaaten durch innerstaatliche Gesetze und Verordnungen gefiltert und gebrochen. Es werden auch solche Vorbehalte angebracht, dass dadurch die überstaatlichen Normen sehr stark minimiert werden. Vieles scheitert somit an der uneingeschränkten Souveränitätsdoktrin dieser Staaten und wird als Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten betrachtet. Prof. Blumenwitz betonte aber, dass die Aufforderung, internationale Verpflichtungen und Versprechen einzuhalten, niemals eine Einmischung in innere Angelegenheiten sein kann. Der Referent verurteilte auch den Handel mit Ostblockstaaten, womit ein Mehr an Menschlichkeit durch günstigere wirtschaftliche Kontakte bewerkstelligt werden soll. Hier wird eine individuelle Not gelindert. Aber Menschenrechte müssen um ihrer selbst willen verwirklicht werden.

den und dürfen nicht zum politischen Handelobjekt degradiert werden.

## Aus der Unvollkommenheit

Abt Dr. Anastasius Opasek, selber von den tschechischen Kommunisten während 12 Jahren im Gefängnis gehalten, konnte die Bedeutung der Menschenrechte aus eigener Erfahrung erläutern. Weil die Kommunisten die Religionsfreiheit nicht gewähren wollten, sei er in die Fittiche des Geheimdienstes geraten und in einem Schauprozess zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Nach 12 Jahren sei er begnadigt worden und habe vorerst als Bauarbeiter und dann als Magaziner gearbeitet. Seit 1964 befinde er sich im Westen. Der Sozialismus sei die grösste Gefahr für die Menschenrechte, hielt Abt Opasek fest. Mit Rassen- und Klassensozialismus würden ganze Völkerschaften unterdrückt. Die Menschenrechte sind keine Sache des Staates, sondern eine übernatürliche Einrichtung, die an die Unvollkommenheit des Menschen grosse Anforderungen stellt. Dem Sozialismus schwebte vor, ein irdisches Paradies schaffen zu können. Gerade deshalb würden Minderheiten ausgerottet, weil sie im Wege stehen. Marxismus und Christentum vertragen sich nicht: «Leider stellen wir fest, dass es schon einige Herz-Jesu-Marxisten in den eigenen Reihen gibt.» Wir dürfen nicht verkennen, dass die Marxisten die Christen dort unterjochen, wo die Marxisten einen grossen Einfluss haben, gerade deshalb müssen die christlichen Völker des Ostens unsere natürlichen Verbündeten bleiben.

## Menschenrechte und Demokratie

Der österreichische Nationalrat Prof. Dr. Emarcora ist Mitglied der Europäischen Menschenrechtskommission.

Menschenrechte seien heute ein stetes Diskussionsthema. Die Dissidentenbewegung hat hierfür ein grosses Verdienst, auch kirchliche Instanzen setzen sich weltweit für die bessere Beachtung der Menschenrechte ein. Sie, die Menschenrechte, seien kein lebloses Gut, sondern werden umrissen, um dem Menschen die Menschenwürde zu garantieren. Menschenrechte stammen aus dem 18. Jahrhundert. Die Frage, ob solche Menschenrechte die moderne Bedrohung meistern können, bedarf einer Antwort. Der moderne Staat auch in der freien Welt beinhalte alle Gefahren, welche auf die Aushöhlung der Menschenrechte abzielen. Zudem sind die Menschenrechte nicht mehr mit der Einbahnstrasse Staat-Individuum gleichzusetzen, sondern haben sich den veränderten Gesellschaftsformen anzupassen. Die Gefahr der Menschenrechte sei aber dort, wo sie ideologisiert werden, betonte Prof. Emarcora abschliessend. In der Folge genehmigte die Bodenseetagung zwei Resolutionen. Die eine wird an die tschechische Regierung adressiert, die letzte Woche die Eltern einer siebenköpfigen Familie unbegründet verhaftet hatte. Die andere Resolution verlangt von unseren Regierungen, den Menschenrechten noch grössere Beachtung zu schenken und namentlich im Verkehr mit Ostblockstaaten auf deren Beachtung zu pochen.

Der Regionalvorstand DRS zur Berichterstattung über Innenpolitik

# Mehr Innenpolitik am Fernsehen

Zürich. (sda) Der Regionalvorstand DRS hat sich an seiner Sitzung vom Freitag in Zürich mit der innenpolitischen Berichterstattung des Fernsehens ab 1980 befasst.

Der Programmdirektor Fernsehen DRS und der Leiter «Aktualität + Politik» legten ausführlich dar, wie die innenpolitischen Sendungen in den letzten Jahren ständig ausgeweitet wurden und im Jahr 1980 weiter ausgebaut werden sollen. Hervorgehoben wurden die Anstrengungen für qualitative Verbesserungen, auch im Sinne besserer Sendezeiten.

# Gegen CSSR-Regierung

Mit Erschrecken und Empörung hat die 21. Internationale Bodenseekonferenz christlich-demokratischer Politiker in Vaduz die Nachricht aufgenommen, dass die tschechoslowakischen Behörden in einer Verhaftungswelle Anfang Juni neben sieben anderen Bürgerrechtlern Frau Dona Nemcova inhaftiert haben, weil sie als Mitunterzeichnerin der Charta 77 einen offenen Brief an die Staatspräsidenten Husak und an die Bundesversammlung der CSSR gerichtet hat, in welchem sie auf die Unterdrückung gläubiger Christen in ihrem Lande hingewiesen hat.

Die Internationale Bodenseekonferenz christlich-demokratischer Politiker fordert die Regierungen ihrer Länder auf, sich bei der tschechoslowakischen Regierung für die rasche Freilassung von Frau Nemcova und ihres ebenfalls in Haft befindlichen Mannes, des Bürgerrechtlers Jiri Nemec, einzusetzen, damit diese unerschrockenen Vorkämpfer für die Menschenrechte ihren sieben Kindern zurückgegeben werden.

In diese Bemühungen sollten auch die anderen in der neuesten Verhaftungswelle inhaftierten tschechoslowakischen Bürgerrechtler einbezogen werden.



# 75 Jahre VHTL

Bern. (sda) Der Verband der Arbeitnehmer in Handels-, Transport- und Lebensmittelbetrieben der Schweiz (VHTL) hat am Samstag im Berner Stadttheater sein 75jähriges Bestehen mit einem Festakt gefeiert. Zahlreiche Delegierte des über 30 000 Mitglieder starken Verbandes, Vertreter verschiedener Bundesämter, des Berner Gemeinderats und Stadtrates sowie von anderen Gewerkschaften wohnten der Feier bei, die von Verbandspräsident Peter W. Küng eröffnet wurde (unser Bild). Küng erinnerte in seiner Jubiläumsansprache an die wichtige Rolle der Gewerkschaften bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmung bleibe eine zentrale Forderung der Gewerkschaften, betonte Küng, der im übrigen forderte, dass die Kosten der kollektiven Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern aufgebürdet werden dürften. (B+N)

# Mehr Brot gegessen

Bern. (sda) Nach der neuesten Erhebung des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) über die Haushaltsrechnungen Unselbstständigerwerbender hat der Brotverbrauch pro Person in der Schweiz im vergangenen Jahr wieder leicht zugenommen. Die seit Jahren registrierte Abwärtsbewegung wäre damit unterbrochen. Dabei ist indessen zu berücksichtigen, dass in den Ermittlungen des Biga nur ein bestimmter Personenkreis und nicht ein Querschnitt durch sämtliche Bevölkerungsschichten erfasst wird. Im Anschluss an die Volkszählung 1980 will das Bundesamt deshalb eine umfassende und für die gesamte Bevölkerung repräsentative Stichprobe von privaten Haushalten aufstellen. In der vorliegenden Erhebung liegt der mittlere Verbrauch bei 26,5 kg pro Person und Jahr; 1975 waren es 28,5 kg, im darauffolgenden Jahr 27,5 kg und 1977 26,2 kg.

## 15. Jurassisches Jugendfest in Pruntrut

# Scharfe Attacken gegen den Bund

Pruntrut. (ddp) Scharfe Attacken gegen den Kanton Bern und die Bundesbehörden haben das 15. Jurassische Jugendfest vom Wochenende in Pruntrut geprägt. An den verschiedenen Veranstaltungen und Kundgebungen, die bei herrlichem Sommerwetter von rund 10 000 Jurassiern besucht wurden, äusserten Vertreter der jungseparatistischen Béliers unter anderem die Befürchtung, dass es «im kolonialisierten Südjura zu einer Katastrophe kommen könnte.

Roland Béguelin, Generalsekretär des Rassemblement Jurassien (RJ), rief die Jugend dazu auf, sich vermehrt politisch zu engagieren. In einer einstimmig gutgeheissenen Entschliessung bekräftigten die Festteilnehmer die Einheit des Juras von Boncourt bis La Neuveville.

Höhepunkt des Anlasses war der Fackelzug vom Samstagabend durch den pittoresken Bezirkshauptort Pruntrut und die anschliessende Massenkundgebung. Jean-Pierre Rohrbach aus Moutier richtete einen flammenden Appell an die Anwesenden zur Solidarität mit den «unterjochten Südjurassern».

siern». Es sei die Pflicht eines jeden einzelnen, den militanten Geist zu wahren, mit dem der Kanton Jura erkämpft worden sei. Unter dem Beifall der Menge rief Rohrbach: «Gegen die stete Missachtung der Grundrechte im Südjura durch Bern werden wir auf nationaler und internationaler Ebene kämpfen». RJ-Chef Roland Béguelin erklärte dazu in einem ergänzenden Gespräch, dass sich die Jurassier den Weg nach Strassburg (Europarat) oder zur Uno (Menschenrechtskommission) vorbehalten würden.

Als offizielle Gäste hatten die Béliers das «katalonische Brudervolk» zu ihrem Fest eingeladen. Der spanische Parlamentsabgeordnete Roberto Ramides sprach in seiner Grussadresse die Hoffnung aus, dass die Kontakte zwischen dem jurassischen und dem katalonischen Volk vertieft würden.

# Neue Gewerkschaft für Typographen

Schaffhausen. (sda) Mit 85 gegen 22 Stimmen haben die 122 stimmberechtigten Delegierten des Schweizerischen Typographenbundes (STB) in Schaffhausen die Statuten für die Fusion ihrer Gewerkschaft mit der des Schweizerischen Buchbinder- und Kartonagerverbandes genehmigt. Ob die Fusion zustandekommt, hängt jetzt von der Delegiertenversammlung der Buchbindergewerkschaft ab, die am kommenden Wochenende in St.Gallen stattfindet. Auch auf den Namen der neuen Gewerkschaft haben sich die Typographen geeinigt: sie soll «Gewerkschaft für Druck und Papier» heissen. Wie Typographen-Zentralpräsident Erwin Gerster unterstrich, soll die Fusion der beiden Gewerkschaften der erste Schritt auf dem Weg zu einer alle Medienschaffenden umfassenden Arbeitnehmerorganisation sein.

# Walliser Fluoraffäre: Rekurs

Martigny. (sda) Die Aluminiumfabrik von Martigny hat bekanntgegeben, dass sie sich in Sachen Fluoremmissionen an den Bundesrat wenden wird.

Sie hatte, wie die Alufabriken von Chippis und Steg, von der Walliser Regierung bestimmte Auflagen betreffend den Immissionsschutz erhalten. Während nun die beiden letztgenannten Fabriken diese Auflagen Modernisierung der Produktionsanlagen zur Erhöhung des Immissionsschutzes akzeptierten, weigert sich Martigny, diesen Forderungen nachzukommen, weil sie «ungerecht und unnötig sind», wenigstens in der vorliegenden Form. Die Fabrik hat daher beschlossen, gegen diese kantonalen Verfügungen beim Bundesrat Rekurs einzulegen.

# Gemeindepräsident zurückgetreten

Uttingen. (sda) Der seit fünf Monaten amtierende Gemeindepräsident der bernischen Gemeinde Uttingen, der Sozialdemokrat Walter Anneler, ist auf Anfang Juni zurückgetreten.

Jahresbericht 1978 der Swissaid

# Abschied vom «Almosendenken»

Bern. (sda) «Abschied nehmen von den von aussen aufgepfropften Entwicklungsmodellen, die von ausländischen Experten geplant und durchgeführt werden», fordert die Schweizerische Vereinigung für Entwicklungshilfe, Swissaid, in ihrem Jahresbericht 1978. Das Almosendenken in der Entwicklungshilfe muss nach ihrer Ansicht einer Zusammenarbeit mit den Betroffenen in der Dritten Welt in echter Partnerschaft Platz machen.

Die Swissaid hat im vergangenen Jahr zahlreiche Projekte mit insgesamt knapp fünf Millionen Franken finanziert und verschiedenen Mitgliederorganisationen weitere Projektbeiträge von über einer Million zugesprochen. Die Gelder stammen aus dem Sammelergebnis 1978 (knapp vier Millionen Franken) sowie von Bundesbeiträgen in der Höhe von 2,7 Millionen Franken.

Zu den Entwicklungshilfeprojekten gehörten im vergangenen Jahr die Entwicklung von Bauerngenossenschaften in Kolumbien, der Aufbau von Kooperativen in Ecuador, landwirtschaftliche Ausbildung, Brunnen- und Schulbauten

in Tschad, Verbesserung der Ernährungsbasis in Niger, Modernisierung der Fischerei auf den Kapverden, Dorfentwicklung in Tansania und die Entwicklung von benachteiligten Randgruppen in Indien. Die Swissaid arbeitet in allen Aktionsländern mit einheimischen Partnern und Experten zusammen und beschäftigt nur in Tschad noch eigenes Personal. Mitglieder der Swissaid sind unter anderen die Caritas, das Hilfswerk Evangelischer Kirchen in der Schweiz (Heks), das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH), das Schweizerische Rote Kreuz und der Verband Schweizerischer jüdischer Fürsorgen.



# 100 Jahre Eisenbahn im Glarnerland

Am Samstag feierte das Glarnerland das 100jährige Bestehen der Bahnlinie Glarus—Linthal und damit die vollständige Erschliessung des Tales mit einer Eisenbahnlinie. An der Feier in Glarus nahmen u. a. auch teil: (v. l. n. r.) der Präsident der SBB-Generaldirektion Roger Desponds, der Glarner Landammann Kaspar Rhyner, eskortiert von Landweibel Fritz Schindler. (Keystone)